

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1914

140 (20.6.1914) Zweites Blatt

Proporz.

In Baden, wo infolge des unglücklichen Ausfalls der Landtagswahlen eine Schwelung des Regierungskurses nach rechts eingetreten ist, beschäftigt man sich gleichwohl zurzeit mit der Frage des Proporz, des Verhältniswahlrechts. Während die Regierung in einer Denkschrift im Herbst vorigen Jahres erklärt hatte, daß sie ihre Bedenken gegen das Verhältniswahlrecht nicht überwinden könne, hat jetzt die Justiz- und Verwaltungskommission der ersten Kammer einen Bericht zur Regierungsdienstschrift veröffentlicht, der der Einführung des Proporz zum mindesten nicht widerspricht. Gegen die Einführung des Proporz in den drei großen Städten des Landes, Karlsruhe, Mannheim und Freiburg, würde selbst die Kommission der ersten Kammer nichts einzuwenden haben. Ein grundsätzlicher Widerstand gegen den Proporz besteht aber auf dieser Seite nicht, und es ist zu hoffen, daß dadurch der Kampf derer erleichtert wird, die den erstrebten politischen Fortschritt dem ganzen Lande zu gute kommen lassen wollen.

Im Reich rührt sich dagegen nichts. Dort hat man Wichtigeres zu tun, z. B. die Frage zu diskutieren, wie man sozialdemokratische Abgeordnete zur Teilnahme an einer gleichgültigen Zeremonie gegen ihre Ueberzeugung zwingen könnte. Auch die liberale Presse erörtert dieses geistreiche Problem mit vielen wohlabgemessenen Einseitigkeiten und Andererseits. Und so ist für stete Ablenkung gesorgt von jenen Dingen, die gerade den Liberalismus aufs Angelegentlichste beschäftigen sollten. Dazu gehört vor allem die Einführung des Verhältniswahlrechts zum Deutschen Reichstag, die gerade für den Liberalismus schlechtester Weg eine Lebensfrage ist.

Das im Reich bestehende System mit seiner veralteten Wahlkreiseinteilung schädigt den Liberalismus doppelt. Es schädigt ihn, weil es ihn um die sichere ausschlaggebende Stellung bringt, die er unter dem Verhältniswahlrecht erlangen müßte, und es schädigt ihn außerdem, weil es seinen Mandatsbestand vollständig von dem Ausgang der Stichwahlen abhängig macht, und ihn dadurch in seiner politischen Selbständigkeit nach rechts wie nach links gefährdet.

Bei den letzten Reichstagswahlen erhielten die Sozialdemokraten 4 250 000 Stimmen, die beiden liberalen Gruppen zusammen 3 230 000 Stimmen. Das sind zusammen 74 800 von 12 208 000 abgegebenen Stimmen. Nach dem Verhältniswahlrecht würde also eine stabile liberal-sozialdemokratische Mehrheit im Reichstag bestehen, womit natürlich nicht gesagt ist, daß die Liberalen immer mit den Sozialdemokraten stimmen müßten. Die Liberalen hätten vielmehr die Möglichkeit, nach rechts wie nach links Mehrheiten zu bilden, und hätten dadurch eine sehr starke Machtposition, die ohne außerordentliche Verschiebungen in der Wählerzahl auch durch Neuwahlen nicht so bald erschüttert werden könnte.

Die Liberalen würden aber außerdem durch das Verhältniswahlrecht von vornherein ungefähr ein Viertel aller Reichstagsmandate sicher haben und zwar ganz ohne Aufheben und Stichwahlabkommen. Was das für die Liberalen bedeutet, begreift man, wenn man sich dessen erinnert, daß die beiden liberalen Parteien es am 12. Januar 1912 mit ihren dreieinviertel Millionen Wählerstimmen auf ganze 4 Mandate brachte, während die Sozialdemokratie gleich im ersten Wahlgang 64 Mandate holte, das Zentrum 81 usw. Und zwar fielen alle vier Mandate des ersten Wahlgangs auf die Nationalliberalen. Die Volksparteiler gewannen mit ihren anderthalb Millionen Stimmen im ersten Gang kein einziges Mandat, die an Stimmen gleichstarken Konservativen aber 27 und die Reichspartei die nur ein Fünftel der für die Volkspartei abgegebenen Stimmen aufbrachte trug aus dem ersten Wahlgang gleich 5 Mandate heim, also um eines mehr als die an Stimmen zehnmal stärkeren liberalen Gruppen zusammen.

Den Liberalen ist es dann freilich gelungen, in den Stichwahlen im Kampfe gegen rechts und links und mit Hilfe von links und rechts 83 Mandate zu erbeuten. Aber bedeutendswert ist die Situation einer Partei, die nach dem ersten Wahlgang noch ganz naht und bloß dasteht, und die sich alles erst in Stichwahlhändeln holen muß, keineswegs. Sie ist stets in der Gefahr, völlig aufgerieben zu werden, wenn ihr eine oder die andere Seite die Stichwahlhilfe versagt. Sie muß zu gleicher Zeit staatsverhaltend sein bis zum 2. und liberal bis auf die Knochen. Sie muß hier versprechen und dort versprechen, hier um die Gnade bitten, dort nach Gunst haschen, sie ist gezwungen jene Politik zu treiben, von der man mit Recht sagt, daß sie den Charakter verdirbt.

Die Einführung des Verhältniswahlrechts im Reich oder doch zum allermindesten die Neueinteilung der Wahlkreise ist für die Sozialdemokratie vor allem eine Frage des Prinzips, der grundsätzlichen demokratischen Gerechtigkeit, für die Liberalen aber ist sie schlechthin die Frage ihrer selbständigen politischen Existenz. Und doch überläßt der Liberalismus ganz und gar der Sozialdemokratie auch in dieser Frage immer wieder die Trommel zu rühren, während er selbst auch nicht das Geringste tut, um durch Einführung einer höheren Wahlgerechtigkeit sein eigenes politisches Lebensrecht zu schützen. Nicht bloß die Gerechtigkeit ist ihm völlig wurst, er tritt sogar seine eigenen Parteinteressen mit Füßen, wo sie mit einer idealen Forderung der Gerechtigkeit zufällig übereinstimmen.

Das ist für die Konservativen natürlich ein sehr angenehmer Zustand, denn er sichert ihnen und ihren schwarzen Freunden im Reichstag eine Stellung, die ihrer Wählerzahl nicht im mindesten entspricht. Und darum werden auch die Liberalen täglich mit neuen roten Schreckschiffen in die Sammlung gegen die Sozialdemokratie hineingekehrt. Man darf diese armen Leutchen nicht zur Besinnung kommen lassen, sie könnten sonst auf den Gedanken kommen — an sich selber zu denken!

Kommunalpolitik.

Ein suspendierter Gemeinderat.

Durch Beschluß des Bezirkspräsidenten des Oberelsaß in Kolmar, Freiherrn v. Puttlamer, ist der am 17. und 24. Mai d. J. gewählte Gemeinderat der Stadt Mülhausen i. E. L. bis zur Gültigkeitserklärung aller 36 Gemeinderatsmandate des Amtes entzogen. Dem Bürgermeister Regierungsrat Cohnmann in Mülhausen ist die Ausübung der Rechte und Pflichten des Gemeinderats „bis auf weiteres“ übertragen worden. In der Begründung des Beschlusses, der vom 4. Juni datiert und am 9. Juni bekannt gemacht wurde, ist darauf verwiesen, daß gemäß den Ausführungsbestimmungen zur Gemeindeordnung die Gemeinderäte bei Aufstellung der Wählerliste rüch und der Wahlprüfung ferner von einem freien Regierungsmann, nämlich von einem im Nebenamt als Präsident des Kreisgerichts tätigen höheren Beamten ausgeübt, scheint es sich dabei um bestellte Arbeit zu handeln, um den zur Hälfte aus Sozialdemokraten und zur anderen Hälfte aus Bürgerlichen bestehenden Gemeinderat der neuen Großstadt Mülhausen (nach der Eingemeindung Dornachs hat Mülhausen i. E. über 100 000 Einwohner) noch einige Zeit am Funktionieren zu hindern.

Ueber Stimmzettel mit Kennzeichen

hat der badische Verwaltungsgerichtshof folgende interessante Entscheidung gefällt: Die handschriftliche Herstellung der Namen auf den Stimmzetteln ist nach § 8 Absatz 2 Gemeinde-Wahlordnung ausdrücklich erlaubt und kann daher an und für sich niemals ein Wahlanfechtungsgrund sein. Ein Kennzeichen (§ 8 Abs. 3 G.W.O.) der handschriftlich hergestellten Stimmzettel könnte nur dann in Frage kommen, wenn nachgewiesen würde, daß in der Tat — wie die Einsprecher im vorliegenden Fall behaupten — die (50) gefährlichen Zettel oder Gruppen derselben mit Bezug auf ihre individuelle Befähigung auf Listen vermerkt, zum Zwecke der Kontrolle an bestimmte Wähler ausgegeben worden sind und bei der Eröffnung des Wahlergebnisses eine Kontrolle über die Stimmabgabe der einzelnen Wähler stattgefunden hat, wofür ein Nachweis aber nicht erbracht wurde. Der Gerichtshof hat in einem früheren Falle (Urteil vom 13. November 1909, Nr. 3365) angenommen, daß fünf geschriebene Stimmzettel in der systematischen Anordnung der Namen ein Kennzeichen an sich tragen. Während nämlich alle übrigen (gedruckten und geschriebenen) Stimmzettel der betreffenden Partei die Namen des Wahllokals dieser Partei in der gleichen Reihenfolge aufwiesen, stellte jeder der fünf von ein und derselben Hand geschriebenen Stimmzettel einen anderen Namen an die Spitze, so daß die Kontrolle, ob die fünf Zettel auch richtig abgegeben wurden, bei öffentlicher Stimmzettelüberlegung sehr leicht war. Dazu kam, daß nachgewiesenermaßen drei Wähler von Anhängern der betreffenden Partei geschriebene Stimmzettel behältend worden waren mit der Auflage, diese sollten sie abgeben, und mit dem Bemerkten, diese werde man erkennen. Der Gerichtshof ist damals zur Ueberzeugung gelangt, daß die Herstellung und Ausgabe der fünf geschriebenen Stimmzettel zum Zwecke der Kontrolle erfolgt war. In dem vorliegenden Fall war aber ein bestimmtes System, nach dem die Herstellung der geschriebenen Zettel erfolgt sein könnte, überhaupt nicht zu erkennen, und es sind auch keine Wähler ermittelt worden, denen solche Zettel mit der Auflage, sie abzugeben, und mit der Ankündigung einer Kontrolle ausgehändigt worden sind. Die geschriebenen Stimmzettel waren daher nicht als gekennzeichnet zu beanstanden.

Soziale Rundschau.

Die Lage des Arbeitsmarktes im Mai 1914.

Durch die meist nächtliche Witterung im Monat Mai wurde die Arbeitslosigkeit mancherorts recht ungenügend beeinflusst. Es konnten Arbeiten im Freien nicht in dem Umfang ausgeführt werden, wie dies im Vormonat (April) der Fall war, und die seit einigen Monaten beobachtete Aufwärtsbewegung kam wieder etwas ins Stocken. Die Vermittlungstätigkeit der öffentlichen Nachweise ist denn auch gegenüber dem Vormonat nicht unbedeutend zurückgegangen. In der männlichen Abteilung ist die Zahl der offenen Stellen um rund 1790 niedriger als im April, während andererseits die Arbeitsuchenden um 400 zugenommen haben, und es konnten 330 Personen weniger in Stellung gebracht werden, als im Vormonat. Immer noch außerordentlich günstig ist dagegen der Vergleich mit dem Vorjahr. Die Zunahme der offenen Stellen gegenüber dem Monat Mai 1913 beträgt 1716 und die der Vermittelungen 1253 bei ungefähr gleichem Stand der Zahl der Arbeitsuchenden. Während im Mai v. J. auf 100 verlangte Arbeitskräfte rund 212 Arbeitsuchende kamen, waren es im Berichtsmontat nur 178 (im April d. J. allerdings nur 150).

Wesentlich liegen die Verhältnisse bei der weiblichen Abteilung. Auch hier sind die offenen Stellen und die Vermittelungen, aber auch die Arbeitsgesuche gegenüber dem Vormonat nicht unerheblich (um 1116 bzw. 283 und 406) zurückgegangen. Gegenüber dem Parallelmonat 1913 sind dagegen hier gestiegen: Die Zahl der verlangten Arbeitskräfte um 1188, die der Arbeitsuchenden um 725 und die der erfolgten Einstellungen um 1146.

Zum ganzen betrug bei den 19 badischen Verbandsanstalten im Mai 1914 die Zahl der verlangten Arbeitskräfte (offenen Stellen) 11 038 männl., 8577 weibl., zusammen 27 069, eingestellten Personen: 7442 männl., 7422 weibl., zusammen 27 069, eingestellten Personen: 7442 männl., 5185 weibl., zusammen 12 627. Es kamen somit auf je 100 Stellen für männliche und weibliche Personen 178,3 bzw. 86,5 Arbeitsuchende, von je 100 männlichen und weiblichen Arbeitsuchenden wurden 37,8 bzw. 69,9 eingestellt und von je 100 offenen Stellen für männliche und weibliche Personen wurden 67,4 bzw. 60,5 durch die Verbandsanstalten besetzt. Von den Arbeitsuchenden bezeichneten sich 63,9 vom Hundert als zurzeit arbeitslos (außer Stellung) und zwar bei der männlichen Abteilung 76,5 und bei der weiblichen Abteilung 33,3 vom Hundert; davon waren 84,0 bzw. 79,3 Proz. unter 4 Wochen arbeitslos. Ferner wurden durch die Stellenvermittlungseinrichtungen (nichtgewerbsmäßige Arbeitsnachweise) im insgesamt 45 Handwerker-Einnahmen, Vereinnahmen usw., sowie von gemeinnützigen und Wohltätigkeitsan-

halten usw. (je 1 in Bruchsal, Offenburg, Pforzheim, Nastatt, je 2 in Baden-Baden und Rahr, 3 in Konstanz, 6 in Heidelberg, 8 in Karlsruhe, 9 in Freiburg und 11 in Mannheim) im Mai im ganzen für männliches und weibliches Personal gemeldet: 3891 offene Stellen, 3617 Arbeitsuchende und 1805 besetzte Stellen.

Aus der Partei.

* Die Landesversammlung der Sozialdemokraten Württembergs findet am 25. und 26. Juli in Eßlingen statt. Neben den Geschäftsberichten stehen Referate über die Reichs- und die Landespolitik, sowie über die Jugend- und die Frauenorganisation auf der Tagesordnung. Auch das Delegationsystem wird voraussichtlich Gegenstand lebhafter Debatten bilden. Nach dem geltenden Statut werden die Parteigenossen, wie in nahezu allen mittleren und kleineren Landesorganisationen, auf der Landesversammlung durch Delegierte der Ortsvereine vertreten. Es können vertreten sein Ortsvereine bis zu 100 Mitgliedern durch einen Delegierten, mit 100—300 Mitgliedern durch zwei Delegierte. Bei Vereinen mit über 300 Mitgliedern entfällt auf je weitere volle 200 Mitglieder ein weiterer Delegierter ohne Begrenzung durch eine Höchstzahl. Die vorjährige Landesversammlung beauftragte den Landesvorstand, die damals vorliegenden Änderungsanträge gemeinsam mit dem Landesausführer und den Kreisvorständen durchzuberaten und der nächsten Landesversammlung geeignete Vorschläge zu machen. In Ausführung dieses Beschlusses hat am 26. April eine Konferenz stattgefunden, die mit überwiegender Mehrheit zu dem Ergebnis kam, der Landesversammlung eine Aenderung des geltenden Rechts nicht zu empfehlen. Für den Fall aber, daß die Landesversammlung doch eine Aenderung beschließen sollte, eine Vorlage auf der Grundlage der Vertretung nach Oberamtsbezirken (Landtagswahlkreisen) zu machen. Ueber diese Vorlage beriet eine zweite Konferenz der genannten Körperschaften, die am 14. Juni in Stuttgart stattfand und an der auch Vertreter aller württembergischen Parteiblätter teilnahmen. Ein vom Landesvorstand vorgelegter Entwurf fand Zustimmung mit einer vom Genossen Scheppeler-Göppingen beantragten Aenderung. Nach diesem Entwurf werden die Delegierten in den einzelnen Oberamtsbezirken durch 11 Wähler gewählt. Es wählen die Oberamtsbezirke bis zu 200 Mitgliedern auf je 50 Mitglieder 1, sodann von 201—600 Mitglieder auf je 100 1, von 601—2000 Mitglieder auf je 200 1, über 2000 auf je 400 1 Delegierten. Dieser Vorschlag, der der Landesversammlung als Eventualantrag unterbreitet wird, fand einstimmig Annahme. Ebenso einmütig kam auf der Konferenz die Meinung zum Ausdruck, daß der Landesvorstand die Pflicht habe, irreführende Darstellungen, die dahin gehen, daß das bestehende Delegationsystem die kleinen Ortsvereine in einer Weise bevorzuge, die in der ganzen Partei unerbötlich sei, öffentlich entgegenzutreten.

* Die Wahlkreisorganisation für Anhalt 2 (Bernburg-Göthen) hielt am 14. Juni in Bernburg ihre Generalversammlung ab, auf der 28 Orte durch 50 Delegierte, darunter 4 Genossinnen, vertreten waren. Der gedruckte vorgelegte Geschäftsbericht verzeichnete eine Zunahme der Mitglieder um 440, wodurch eine Gesamtmitgliedszahl von 4790 (darunter 1399 weibliche) erreicht wurde. Die Mitgliederzunahme ist doppelt beachtenswert, da vom 1. Oktober v. J. ab der 10. bzw. 5 Pf. Wochenbeitrag eingeführt und die Befürchtungen eines Rückganges dieserhalb zerstreut worden sind. Bis dahin wurden pro Monat 30 bzw. 15 Pf. Beitrag erhoben. Vereinnahmt wurden an Mitgliederbeiträgen 14 938,02 M. Der Kasseeinstand steigerte sich um rund 4000 M. Abgehalten wurden 45 öffentliche und 166 Mitgliederversammlungen. Von den 76 sozialdemokratischen Gemeindevertretern sitzen 39 in 7 Städten (darunter 16 im Hauptort Bernburg) und 37 in 17 Landgemeinden. Für die alternativen Tage ist für Anhalt eine Kommunalwahlrechtsvorlage zu erwarten, in der das Wahlrecht erheblich verschlechtert werden soll. Die Frage, in welcher Weise der Kampf gegen diesen Wahlrechtsraub geführt werden soll, bildet im Anschluß an ein Referat des Landtagsabgeordneten Voigt den Hauptberhandlungspunkt der Konferenz. Ueber den Parteitag in Würzburg referierte Günther-Bernburg. Er besprach u. a. die Kaiserhoch-Angelegenheit, riet aber davon ab, die zu wählenden Delegierten auf eine bestimmte Stellungnahme festzulegen. Dem stimmte die Konferenz zu. Zum Schluß hielt der Abgeordnete des Kreises, Genosse Bender-Ebersfeld, ein beifällig aufgenommenes Referat über die politische Lage. — Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt.

* Die Landeskonferenz für das Herzogtum Koburg, die am Sonntag stattfand, diente gewissermaßen als Einleitung der bevorstehenden Reichstagswahl. Es waren 76 Delegierte, darunter 5 Frauen, der Landesvorstand, Vertreter des Parteiblattes und Einzelmitglieder aus verschiedenen Orten anwesend. — Gen. Klingler als Vorsitzender der Landesorganisation gab den Geschäftsbericht, der ein zufriedenstellendes Bild der Entwicklung zeigte. Die Mitgliederzahl stieg von 658 auf 1020, darunter 106 (41) Genossinnen. Ein gleich günstiges Bild des Fortschritts ergaben die Kasseeinrichtungen. Die Neuwahlen brachten keine Aenderung. Mit lebhaftem Interesse wurde der Vortrag des Reichstagsabgeordneten Gen. Voigt über die bevorstehende Reichstagswahl verfolgt. Einverständnis herrscht im übrigen auch mit den Maßnahmen des Vorstandes für die Wahlarbeit.

Geschäftliches.

Laferme Cigaretten:
Westend 4 Pf.
Rendez-vous 3 Pf.
Vielliebchen 2 Pf.

TRUSTEFREI!

En gros. Julius Strauß, Karlsruhe. En détail.
 Größtes Spezialgeschäft in Beschaffartikeln, alle Arten Bekleidungsstoffe, Samt- u. Seidenbänder, Posamenten, Spitzen, Knöpfe u. Weißwaren, Handschuhe, Strümpfen, Strawatten, Fächer
Große Auswahl in Rücken-Boas und modernen schwarzen Spitzen-Umhängen
 Ständiger Eingang von Neuheiten. — Telefon 372.
Blusen, Unterröcke u. s. w. sehr preiswert.

Werbt fortwährend neue Abonnenten!

rgesuch.
 ändige Ar-
 arbeit sofort
 Straße 42.
 ms
 rotband
 weise
 n-Barmen
 24
 nst!
 nd neue
 en-Kleider,
 n, Möbel
 erbilligsten
 oftbestanden
 24
 nier,
 Nr. 16.
 e 1742
 Blusen
 aren Gebot,
 4, 1 U.
 eine Treppe
 l. Zimmer
 ieten. 1715

Sport und Körperpflege.

Zum Kampf der Arbeiterturnvereine gegen Polizei und Staatsanwaltschaft.

Der Schlosser Wilhelm Hencke zu Mariensfelde war am 12. Juni vor dem Schöffengericht des Amtsgerichts Berlin-Tempelhof angeklagt, als Vorsteher des Vereins „Freie Turnerschaft in Berlin-Mariensfelde“ die Teilnahme von Jugendlichen an den Turnübungen dieses Vereins gebildet zu haben. Hencke, der durch Rechtsanwalt Wolfgang Heine verteidigt wurde, bestritt, daß der Verein politisch wäre. Allerdings habe der Verein auf Verlangen der Polizei sein Statut und das Verzeichnis der Vorstandsmitglieder eingereicht, nachdem das Oberverwaltungsgericht sich auf den Standpunkt gestellt habe, jeder Verein, der dem Arbeiterturnerbund angehöre, sei schon aus diesem Grunde politisch. In Wahrheit aber sei der Verein in Mariensfelde nicht politisch und habe durch die Einreichung der Satzung auch keineswegs ein Zugeständnis politischer Tätigkeit abgeben wollen. Die Jugendlichen hätten nur an Turnübungen teilgenommen. Solche Turnübungen aber seien keine Versammlungen oder doch mindestens als gesellige Zusammenkünfte anzusehen, an welchen auch Jugendliche teilnehmen können.

Es wurde nun eine Reihe Zeugen vernommen. Sie bezeugten sämtlich, daß bei den turnerischen Zusammenkünften niemals Ansprachen gehalten worden wären. Zwar waren einige Lieder gesungen worden, doch wurde dies nur von Liedern, wie „Das Wandern ist des Müllers Lust“ und „Turner auf zum Streite“, also ganz unpolitischen Liedern, festgesetzt. Die Jugendlichen nahmen nicht an den anderen Zusammenkünften des Vereins teil. Mehrere erwachsene Mitglieder des Vereins bezeugten aber, daß auch bei diesen anderen Zusammenkünften niemals politische Reden gehalten worden wären, daß jede Einwirkung in politische Beziehung auf die Mitglieder ausgeschlossen sei, daß nur ein Teil der Mitglieder als Sozialdemokraten bekannt wäre.

Trotzdem behauptete der Staatsanwalt, das Turnen diene der „Erweckung eines parteipolitischen Geistes“. Er beantragt 15 Mf. Geldstrafe. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Heine, setzte in längerer Rede auseinander: Sämtliche ordentlichen Gerichte hätten sich in solchen Fällen auf den Standpunkt gestellt, aus der Tätigkeit des Vereins selber müsse festgestellt werden, daß sein Zweck politisch wäre. Die Zugehörigkeit zum Arbeiterturnerbund für sich allein genüge dazu nicht. Von den üblichen Gründen für die Politisierung der Turnvereine liege hier nicht einer vor. Weder seien sämtliche Mitglieder des Vereins Sozialdemokraten, noch sei das Vereinslokal ein sozialdemokratisches Verkehrslokal, namentlich nicht der Sitz des Wahlvereins, es seien auch keine politischen Lieder gesungen worden. Diese Gründe würden übrigens, auch wenn sie vorlägen, den Verein nicht zu einem politischen machen. Es sei ein reines politisches Schreckgespenst, wenn immer der Glaube verbreitet würde, die Arbeiterturnvereine wären politisch. Wenn die Arbeiter politische Agitation betreiben wollten, so böte ihnen dazu die sozialdemokratische Partei mit ihren Veranstaltungen mehr als ausreichende Gelegenheit. Gerade weil auch die Arbeiter mehr und mehr das Bedürfnis empfänden, etwas für ihre Körperpflege zu tun und sich auch auf unpolitischen Gebieten zu betätigen, wären die Arbeiterturnvereine entstanden und groß geworden. Man möge doch nicht immer in allem, was von Arbeitern ausginge, Ziele der sozialdemokratischen Partei suchen. Außerdem aber seien die turnerischen Zusammenkünfte keine „Versammlungen“ im Sinne des Vereinsgesetzes, was sowohl vom Oberverwaltungsgericht als von mehreren Oberlandesgerichten ausgesprochen werde. Wären sie aber als Versammlungen anzusehen, so würden sie immerhin, da in ihnen nichts politisches vorgefallen wäre, als „Zusammenkünfte zu geselligen Zwecken“ zu betrachten sein, welche nach §. 17 B.-G. auch von Jugendlichen besucht werden dürfen.

Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen nach kurzer Beratung an und erkannte auf Freisprechung.

Ausflüge in unser schönes Altal. (4. Fortsetzung.)

Was uns an Gerrenalb so sehr gefällt, ist das Frische und Natürliche seiner ganzen Anlage. Überall trifft der Blick auf grün umrahmte Hotels und Pensionen, auf Gärten und Anlagen, überragt von der Kirche in gotischem Stil. Gleich beim Eintritt in das Städtchen fällt es angenehm auf, wie sehr der einheitlichen Bauweise Rechnung getragen wird, wie harmonisch alles sich zusammenfindet. Das im Schweizer Stil neuerrbaute Postgebäude und ebenso das neue städtische Elektrizitätswerk mit dem neuen Gemäuer und rotem Dach fügen sich gefällig dem Gesamtbild ein. Die Hauptstraße zeigt so recht das Bild eines kleinen Kurortes. Unter den schattigen Kastanienbäumen, in den Kuranlagen, läßt es sich beim Klange der Kurmusik prächtig herumspazieren. Aus den Gärten leuchten Blumenbeete in allen Farben und das Rot der Geranie strahlt uns überall von den Blumenfenstern entgegen. Das gesellige Le-

ben findet in der Hauptsache im Konversationshause, das 1891 vollendet wurde, und in den daran angrenzenden Anlagen seinen Mittelpunkt. Eine Vorhalle mit Restaurationsbetrieb, Lesehalle, ein großer Gesellschaftsraum laden zu froher Geselligkeit ein. Wenn auch zu Zeiten der Hochsaison im Hochsommer ein „distinguiertes“ Publikum den Touristenstrom fernhält, so ist doch im allgemeinen Gerrenalb keines jener „hochmütigen“ Vergnügungsbäder, die die nach Verfrachtung suchende Jagen vornehme Welt anlockt. Gerrenalb ist ein Ort der Ruhe und Erholung, ein Bläthen für den, der im Duche der Natur leben will. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß Gerrenalb jede Kurdarbietungen fern hält.

Ueber die Entstehung des Klosters Gerrenalb weiß die Sage ähnliches wie bei Frauenalb zu berichten. Derselbe Graf Werthold von Eberstein war wieder einmal mit Hussaja über Berg und Tal mit der Reute dabongekannt. Ein prächtiger Edelhirsch lodte den Grafen und weiter und weiter verfolgt er das schöne Tier. Dieses entzieht sich jedoch dem Verfolger, indem es über ein reißendes Wasser, so die Alz geheißten, schwimmt. Da steht nun der Graf und gewahrt, daß bereits die Sterne am Himmel funkeln. Plötzlich zieht wie ein Schauer durch sein sonst furchtloses Herz. Ein Flüstern geht durch den Wald. Die Bäume neigen sich und wölben sich zur Kirche. Ein Mehlglöckchen erklingt und frommer Mönche Gesang glaubt er zu hören. Herr Werthold sinkt in die Knie. Rings um ihn erschallt Gesang „Lili, daß ich selig werde“. Als der Graf den Weg zur Burg zurückgefunden, hieß er Bauleute kommen und wo er das Kirchlein geschaut, errand das Kloster Gerrenalb.

Nach Jahrhunderte hindurch ist Gerrenalb ein Schauplatz von Streit und Kämpfen gewesen. Zuerst zwischen Klosterverwaltung und Schirmherren, den Grafen von Eberstein, den zwischen den Markgrafen von Baden und den Grafen von Württemberg. Zahlreiche Ortschaften gehörten zum Klostergebiet. Vorübergehend kam es unter babische Herrschaft. Dann entschied der Reichstag zu Worms (1497): Die Häuser Württembergs und Badens sollen sich in den Besitz des Gerrenalb Klosters so teilen, daß die auf Württemberger Gebiet gelegenen Ortschaften zu Württemberg und die badischen Orte unter den Markgrafen von Baden stehen sollen. Bauernkrieg und Reformation brachten neue Kämpfe und Umbauungen. Klostergut und Klosterkirchen wurden weggeführt und die Grabdenkmäler beschädigt. Im 30jährigen Krieg gab wieder heftigen Streit zwischen Württemberg und Baden um den Besitz des Klosters, welches der Verwüstung bis auf den Grund anheimfiel.

Die Klosterreste üben heute eine große Anziehungskraft aus und kein Fremder wird Gerrenalb besuchen, ohne nach dem ehemaligen Stifterkloster zu fragen. Ganz besonders lockt zu umfassenden Studien die Kirche, die nach einem Brande im Jahre 1739 eine Umwandlung vom romanischen zum gotischen Stil erfuhr. Der überaus starke Gegensatz findet seinen Ausdruck vor allem in dem der jetzigen Kirche vorgelagerten Jagen. Paradies aus ältester Bauperiode und der Kirche selbst. Das Grabdenkmal des 1431 verstorbenen Markgrafen Bernhard von Baden befindet sich unter einem reichgestalteten und verzierten in Kriegszeitern schwer geschädigten Stühlgang an der Nordwand der Kirche. Die lebensgroße Gestalt des Fürsten liegt ausgestreckt auf sarcophagähnlichem Aufbau. Im Jahre 1903 sind umfassende Wiederherstellungsarbeiten von Kapazitäten vorgenommen worden. Ein Eingehen auf die Baudekmäler und Wüstenerarbeiten ihrer Bedeutung entsprechend würde zu weit führen.

So sehr wir Naturfreunde für frisches Dahinwandern in aller Morgenfrühe bis zum späten Abend sind, so können wir doch nicht leugnen, daß die und da so ein gemütlicher Spaziergang mit Frau und Kind an einem Sommernachmittag im herrlichen Altal auch seine Reize hat. Dazu eignet sich vor allem eine Verbindung der Besichtigung der beiden Altalälster, dieser Kulturstätten aus alter Zeit. Das Städtchen einer Wanderung in herrlicher Gattensnatur und das Vertiefen in Baudekmäler und Kulturstätten, die eine so einbringliche Sprache führen, finden wir nirgends besser beisammen.

Als Hauptstützpunkte für größere Wanderungen ist Gerrenalb von uns Naturfreunden schon längst erkannt. Für jedermann, ob ihm nur schwache Kräfte zur Verfügung stehen oder ob er weite Strecken mühelos zu bewältigen vermag, bietet sich eine ungemessene reiche Auswahl. Es wählt der Mensch mit seinen höheren Zwecken, sagt der Dichter; so wird auch der wenig geübte Fußgänger bald Luft und Kraft bekommen, nach dem Durchstreifen der nächsten Umgebung auch größere Aufgaben in Angriff zu nehmen. Auf diese näheren und weiteren Ausflüge in der Umgebung Gerrenalbs besser einzugehen, sei der nächsten Abhandlung über das Altal vorbehalten. (Fortsetzung und Schluß folgt.)

Bewerkschaftliches.

Wer zahlt die Kosten für die Streikpolizei? Ein interessantes Nachspiel zum Grefelder Färberstreik beschäftigte jetzt das Gericht. Aus Anlaß des im vorigen Frühjahr in Grefeld ausgebrochenen Färberstreiks zog die Grefelder Stadtverwaltung aus den umliegenden Orten eine Anzahl Polizeibeamte zur Verstärkung der Grefelder Polizei heran. Leben und Eigentum der Bürger sollte, wie es so schon hieß, geschützt werden. Tatsächlich war die Heranziehung polizeilicher Hilfsmannschaften gegen die Streikenden völlig unangemessen, denn abgesehen von einigen ganz kleinen Platanen zwischen Streikenden und Arbeitswilligen geschah nichts, wodurch Leben und Eigentum der Bürger hätte bedroht sein können. Die herangezogenen auswärtigen Hilfsmannschaften dienten denn auch mehr dem Schutze der Färberbesitzer gegen die von Hamburg und anderen Orten importierten Streikbrecherkolonnen. Diese Brüder kauften ja damals in den Färbereien wie die Vandalen, sodas sich die Herren Unternehmer oft selbst ihres Lebens nicht mehr sicher fühlten.

Die Einquartierung der auswärtigen Polizei in den Färbereien geschah nach Verhandlungen zwischen Stadtverwaltung und Unternehmern. Dabei war vereinbart worden, daß Wohnung und Verpflegung zu Lasten der Färberbesitzer gehen sollte. Auch die Firma Josef Hannes u. Co. hatte sich bereit erklärt, 8-10 Mann und zwei Pferde in ihrem Betriebe unterzubringen. Die Abmachungen scheinen aber nicht von ihr richtig ver-

standen worden zu sein. Während sich die größere Zahl der Grefelder Färbereien mit der Abmachung abfand und die Kosten übernahm, verweigerte die genannte Firma dies. Sie strengte einen Prozeß gegen die Stadt Grefeld an und verlangte, daß ihr die erwachsenen Kosten für die Verpflegung der Polizeimannschaften in Höhe von 1129,96 Mf. nebst 4 Prozent Zinsen vom 30. Mai 1913 zurückzuerhalten werden sollen. Durch Urteil des Landgerichts Grefeld vom 23. Mai 1914 ist diesem Verlangen der Firma Rechnung getragen und die Stadt antragsgemäß verurteilt worden. Die Firma bestritt, daß sie die Verpflichtung eingegangen sei, die Kosten für Wohnung und Verpflegung der ihr überwiesenen Polizei zu tragen, und das Gegenteil konnte ihr bei der Verhandlung auch nicht nachgewiesen werden. Die Firma machte geltend, daß sie die polizeiliche Einquartierung nur im Auftrage der Stadtverwaltung aufgenommen habe und verlangte, daß ihr die von ihr in Ausführung dieses Auftrages gemachten Aufwendungen selbstverständlich ersetzt werden müßten. — Die Stadtverwaltung ist also mit ihrer Hilfsaktion für die Färberbesitzer glänzend eingeleitet worden. Voraussetzungen werden jetzt noch mehrere Färberfirmen an die Stadt herantreten und ebenfalls die nicht ganz geringen Summen für Verpflegung der Polizei zurückverlangen. Schadenfrohe Gemüter können ihr ja den Restfall.

* Tarifbewegungen im Bäckergewerbe. Mit der Bäckereiarbeitung in Bad Neichenhall und Berchtesgaden wurde auf fünf Jahre die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch einen Tarif vereinbart, der innerhalb der Tarifdauer eine Lohnhöhung von wöchentlich 2,50 Mf. vorsieht. Die Forderung des wöchentlichen Ruhetages konnte nicht durchgeführt werden. An dessen Stelle wurden Ferien von 6-8 Tagen vereinbart. Die Arbeitszeit wurde täglich um eine Stunde vergrößert und die darüber hinausgehende Arbeitszeit wird pro Stunde mit 60 Pf. bezahlt.

Mit den Bäckermeistern in Peggberg wurde ebenfalls ein Tarif abgeschlossen, nach dem jeder Arbeiter eine wöchentliche Lohnhöhung von 2 Mf. erhält. Die Überstunden werden mit 60 Pf. bezahlt, der Kostzwang im Laufe des Meisters wurde beseitigt; die Gehilfen haben jede dritte Woche einen stündlichen Ruhetag. Von dem Führer des Unternehmerverbandes in Peggberg wurde das mögliche versucht, um die Bäckermeister zu überreden, nicht in das Vertragsverhältnis mit der Gehilfenorganisation einzugehen; der Schmarjader hatte aber kein Glück.

In Lohnbewegungen stehen noch die Bäcker in Ludwigsbafen, Mühlhausen i. G., Freiburg i. B. und die Arbeiter in den Brotfabriken des Wuppertals. In den Brotfabriken bestand bereits ein Tarif. Nach der Stimmung, die im Lager der organisierten Brotfabrikanten herrscht, wird dort mit einem Kampfe gerechnet werden müssen. In Ludwigsbafen und Mühlhausen haben die Arbeiter jede Unterhandlung mit der Organisation der Bäcker abgelehnt. Dort wird zurzeit versucht, durch Einzelverträge die Forderungen der Arbeiter, die Beseitigung des Kost- und Logiszwanges im Laufe des Unternehmens, durchzusetzen. Teilerfolge sind jetzt schon zu verzeichnen.

* Einen Kampf um das Koalitionsrecht führen die Arbeiter der Firma W. Ewald Gaaß, Gummi- und Asbestfabrik in Eberfeld. Seit 14 Tagen befinden sie sich im Streik. Die Arbeiter, die bereits 4 bis 11 Jahre bei der Firma beschäftigt sind, wurden ohne weiteres auf Straßensplätzen gestellt, weil sie sich dem Verband der Fabrikarbeiter angeschlossen hatten. Die Firma wollte durch diese Gewaltmaßnahmen die junge Organisation im Keime ersticken. Mit der Unterwerfung von Arbeitswilligen hatte die Firma in Eberfeld und Barmen kein Glück. Jetzt sucht sie unter Offerte in ganz Deutschland in bürgerlichen Zeitungen „unorganisierte“ Arbeiter zu sehr hohen Löhnen. Sie zahlt jetzt, um die paar Arbeitswilligen zu halten, Löhne, die sich die Streikenden niemals gewagt hätten, zu fordern. Bei Arbeitsangeboten von Eberfeld ist also Vorsicht geboten. Nehme kein ehrlicher Arbeiter bei der Firma W. Ewald Gaaß in Eberfeld Arbeit an.

* Unternehmer-Terrorismus. Im Steinbruch der Firma Brüggemann in Nieder-Wein, Kreis Lauban, hatten die Arbeiter um eine kleine Lohnaufbesserung nachgehakt. Die Firma lehnte die beschiedenen Forderungen kurzgehand ab und entließ sofort einige organisierte Arbeiter. Die anderen stellten sie vor die Wahl, entweder aus dem Steinbruchverband auszutreten oder den Arbeitsplatz zu verlassen. Den Austritt aus der Organisation wollte die Firma noch schriftlich bezeugt wissen. — Terrorismus ist das nicht, beileibe nicht!



Advertisement for Dr. Thompson's Soap Powder. Text: 'Nach 1/4 stündigem Kochen ohne Reiben und Bürsten, bei denkbar einfachster Anwendung erzielen Sie mit Dr. Thompsons Seifenpulver (Marke Schwan) und gleichzeitiger Verwendung des modernen Bleichmittels Seifix blendend weisse Wäsche.' Includes illustrations of a woman washing clothes and a swan logo.

Unterhaltungsblatt zum Volkstrom

auch einer höheren Bewertung des Weibes, die soziale und rechtliche Gleichstellung der Frau mit dem Manne. Kurz: einer höheren Gerechtigkeit, wie sie im Sozialismus zum Ausdruck kommt!

ten, wodurch ohne weiteres ein über das Land gehender Handel bedingt wurde. Diese Wäbden waren im 16. Jahrhundert keine Stoffe, aber noch im 10. und 11. Jahrhundert im rechtlichen Sinne mehr.

Für unsere Küche ist nur das Beste gut genug!
 sagt die erfahrene Mutter zu ihrer Tochter. Wir verwenden deshalb nur **MAGGI's Würze**. Dann wissen wir, was wir haben!
 1758

Tanz-Vergnügen

findet am Sonntag, den 21. Juni, nachm. 4 Uhr, in folgenden Lokalen statt:
 Saalbau, Karl Benfching, Gottesauerstraße.
 General Degenfeld, Leonh. Prommer, Degenfeldstraße. 270
 Grüner Berg, Karl Dittus, Kaiserstraße.
 Rühringer Löwen, A. Roth, Adlerstraße.
 Ritter, Joh. Diez, Kronenstr. 176
 Goldener Kopf, Karl Scherle, Markgrafenstraße.
 Walhalla, Gustav Stutz, Augartenstraße.
 Karlsburg, Aug. Maub, Akademiestraße.
 Drei Linden, Peter Fröh, Rheinstraße.
 Stadt Karlsruhe, Hermann Stolz, Rheinstraße.
 Westendhalle, Kaver Marzluff, Rheinstraße.
 Adler, Mühlburg, Wilh. Becker, Ramehstraße.
 Krone, August Schwall, Daglanden.
 Schwarzer Adler, Karl Dajer, Daglanden.

Pflanzen- u. Blumenausstellung.

Am Sonntag, den 21. Juni 1914 findet im Gasthaus „Zum Bären“ in Grödingen eine Pflanzen- und Blumen-Ausstellung statt, mit freiem Eintritt, verbunden mit Verkauf. Der Verkauf findet nur von 11—3 Uhr statt. Ausgeführt von Erwin Härter, Gärtnereibesitzer, Grödingen. 1764

Für Gesangsvereine!

Ein Flügel von Kaim & Günther, in tadellosem Zustand, wegen Platzmangel für 550 Mk. zu verkaufen. J. Kunz, Pianomagazin 1761 Karlsruhe, Karl-Friedrichstraße 21.

Gebrüder Scharff

Kolonialwaren u. Weine en gros. Telefon Nr. 741. Karlsruhe: Amalienstr. 27, Rheinstr. 34a, Wilhelmstr. 30, Bernhardstr. 8. Knielingen, Teutschneureut, Hagsfeld, Blankenloch, Eggenstein, Linkenheim.

Machen Sie ein? Dann bitte Vorsicht!

Wir empfehlen Ihnen in Ihrem eigenen Interesse, wenn Sie bezüglich der Haltbarkeit beruhigt sein wollen, nur gute Zutaten zu verwenden. Unsere Artikel bieten Ihnen die weitgehendste Garantie.

Wir empfehlen:
 Rutzucker mit Papier . . . per Pfd. 21.5
 Kristallzucker „ 21.5
 Kandiszucker „ 36.5
 Weinessig Ltr. 25.5
 Einmachessig m. Weinaroma „ 15.5
 Ansetz-Brantwein „ 78.5
 Pergament-Papier Gewürze
 m. Salzykl präpariert etc.
 per Rolle . 9 1/2 billigst.

Auf zum Augarten Südstadt! Auf zum Tivoli.

Samstag, 20. bis Dienstag, 23. Juni zur Eröffnung des amerikanischen Vergnügungsparks

Großer Volksfest-Trubel

Berlin in Karlsruhe.

Elektrisches Pracht-Karussell, Riesenrad à la Paris

Elegante Schießstände, deren schöne Preise winken, stehen den Schützen zur Verfügung, das prachtvolle Panorama mit den neuesten Ereignissen, sowie Zucker- und Waffelbuden, Photographie, auch der Lukas fehlt nicht, also ist alles da. 1765
 Der Platz ist abends feenhaft beleuchtet.
 Zu zahlreichem Besuche ladet ergebenst ein Die Direktion.
 Am Montag abend 6 Uhr Aufstieg des Riesen-Luftballons „Minka Bona“ auf dem Platze.

Apfelgold
 das beste moussierende
 Apfel-Getränk.
 Überall erhältlich.

Tel. Karlsruhe Nr. 2701. Tel. Durlach Nr. 16.

Persil
 wäscht und desinfiziert
 Säuglingswäsche
 Henkel's Bleich-Soda

Zu billigsten Sommerpreisen empfehle ich alle Sorten Kohlen, Koks, Briketts und Holz Syndikatsfreie Kohlenhandlung Karl Nieß Syndikat: Karlsruhe 20. Telefon 2363. Man verlange Preisliste. 1714

Umzüge mit neuen Möbelwagen und Rollen (bei Regen gebaute Rollen) besorgt billig 6610 Karl Mulfinger, Leisingstr. 3a. Telefon 3565. Metallbetten an Private. Katalog frei. Holzrahmenmatr. Kinderbetten. Eisenmöbelfabrik Suhl i. T. 1743

Lassen Sie sich die 5 Bg. nicht gereuen und befragen Sie meine Preisliste über Neuheiten von Kinder- und Klappwagen
 A. Jörg, Karlsruhe i. B. Amalienstr. 59. 2

Bekanntmachung.
 Die Inhaber der im Monat Novemb. 1913 unter Nr. 23901 bis mit Nr. 26204 ausgestellten begl. erneuerten Pfandcheine werden hiermit aufgefordert, ihre Pfänder bis längstens 3. Juli 1914 auszulösen oder die Cheine bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden. 1768
 Karlsruhe, 20. Juli 1914. Städt. Pfandleihkasse.

Kaiserstraße 145
 Eingang Lammstraße, ist im III. Obergesch. 1 Wohnung von 7 Zimmern und Zubehör auf sofort oder später zu vermieten. Näheres beim hdt. Hochbauamt, Karl-Friedrichstraße 8, Zimmer 169. 1578

Rheumatismus
 Gicht, Ischias, Nervenleidenden Aus Dankbarkeit teile ich jedermann umsonst brieflich mit, wie ich von meinem schweren Leiden befreit wurde. 6746
 Käthi Bauer, München Mozartstrasse 5/A 261.

Möbel
 aller Art kaufen Sie am billigsten in enormer Auswahl bei Jos. Kirmann, Herrenstraße 40, 8100 Lager in 5 Etadwerlen. NB. Ansicht ohne Kaufzwang.

Reparaturen
 an Uhren, Goldwaren, Brillen u. Zwicker werd. unter Garantie fachgemäss in eigener Werkstatt sofort und billigst ausgeführt. Gg. Paul, Uhrmacher, Marienstr. 33. 549

Volks-Schuhreparatur
 36 Waldhornstraße 36 Ecke Markgrafenstraße früher Jähringerstraße 19, liefert sämtliche Arbeiten in bekannt guter Qualität. Herren-Sohlen und Absätze Mark 3.00 Damen-Sohlen und Absätze Mark 2.10. Auf jede Reparatur kann gewartet werden. 741

Zimmer zu vermieten.
 Schön möbliert. Zimmer in freier luftiger Lage sofort oder später zu vermieten. Kärcherstraße 57, 2. Stod.

Gegen **Zahnschmerz** **Blasscolin** in die Ohren. Erhältlich in allen Apotheken u. Drogerien. Offiziere seit 1914 er Ital. Hühner. Beste Tierleger der Welt. Verlangen Sie Katalog umsonst. S. Rißberger, Gaimhdt Nr. 77, Baden. 743

Erfrischend ist Speiseeis aus **SINNER** Eispulver in jeder Küche bequem herzustellen
 Gesellschaft Sinner, Karlsruhe-Grünwinkel.